

Wolfram Adolphi

Nagelprobe China

In ihrer 1932 erschienenen Erzählung *Die Gefährten*, die das Schicksal osteuropäischer und chinesischer Revolutionärinnen und Revolutionäre beschreibt, schildert Anna Seghers auch den Moment, als der chinesische Emigrant Liau Han-tschü 1926 seinen Genossen, den Studenten Sun Fo-li, in der Müllerstraße in Berlin besucht:

[Sun Fo-li] wohnte bei der Familie Balke auf den dritten Hof hinaus. [Mit ihm] war eine Flut chinesischer Bücher und Zeitungen über die Familie hereingebrochen, die ihre Betten, ihre Tische und Stühle und ihr Plüschsofa überflutete. Am Fenster gegenüber hing das Bild von Tschen Tu-hsiu, dem chinesischen Parteiführer, aus einer Zeitung ausgeschnitten, neben den Bildern von Liebknecht und Rosa. [...] Fo-li war klein und behend und lustig. Balke, Eltern und Tochter, waren gleichfalls klein und fröhlich. Alle wussten so gut Bescheid über alles, was sich in seiner Heimat zutrug, als sei es im nächsten Bezirk geschehen. Fo-li krepelte seine Ärmel hoch und half der Frau, ein Abendessen nach seinen Angaben zu richten. Die Jüngere bändigte mit zwei dünnen Holzstäbchen die auf der Pfanne tanzenden Kohlblätter. Fo-lis zweijährige Anwesenheit in diesen Wänden hatte die ganze Familie verändert, wie ein Tropfen Tinte einen Eimer Flüssigkeit färbt. (1954, 190)

Einfache Sätze, einfache Bilder, und doch eine außergewöhnliche Szene. Nicht in verklärender Exotik rückt China hier, in der Hinterhauswohnung einer Arbeiterfamilie, ins Bild und nicht als ›gelbe Gefahr‹, sondern als selbstverständlicher Teil eines alle bewegenden und verbindenden Ganzen, der Revolution. China so nah wie der »nächste Bezirk«. Seghers, die Absolventin des Heidelberger Sinologie-Seminars, die schon während ihres Studiums mit ihrem kommunistischen Kommilitonen Philipp Schaeffer¹ gegen das rückwärts gewandte, die sozialen Kämpfe der Zeit ausblendende Chinaverständnis ihrer Lehrer aufbegehrte, erkennt – geprägt durch die Verbindung mit dem ungarischen revolutionären Emigranten László Radványi und die Begegnung mit vielen seiner Schicksalsgefährten aus aller Welt – den proletarischen Internationalismus nicht nur als etwas ihr Gemäües, sondern lebt ihn auch in seltener Intensität. Sie setzt, wie der chinesische Germanist Li Weijia 2010 in solcher Gründlichkeit erstmals herausgearbeitet hat, mit den *Gefährten* und einigen in deren Umfeld entstandenen Erzählungen »dem vom Chauvinismus und Kolonialismus geprägten China- bzw. Chinesenbild« ein neues, auf das »Verständnis zwischen den Nationen« gerichtetes entgegen (50).

Natürlich ist sie darin nicht allein. China ist in den 1920er Jahren bis Anfang der 1930er Jahre »ein Mittelpunkt für das Interesse und die Begeisterung der europäischen politisch progressiven Kräfte«, bietet den deutschen Kommunisten Hoffnung auf

1 Philipp Schaeffer (1894-1943), seit 1927 Bibliothekar an der Zentralbibliothek Berlin-Mitte, wurde am 13.5.1943 als Mitglied der antifaschistischen Schulze-Boysen/Harnack-Gruppe von den Nazis in Plötzensee hingerichtet.

»Anregung und Vorbild sowie nutzbare Erfahrungen für ihre eigenen Bestrebungen« (50f). Die von der KPD initiierte Solidaritätsbewegung »Hände weg von China« erfasst Zehntausende; selbst in Pionierliedern wird der reaktionäre nordostchinesische Warlord Zhang Zuolin zum Teufel gejagt. »Die chinesische Revolution«, schreibt 1928 Asiaticus² nach drei Jahren publizistischer Arbeit in China während der Revolution 1925-27, »bildet schon jetzt eines der heldenmütigsten und erfahrungsreichsten Kapitel des Kampfes der Unterdrückten und Ausgebeuteten der ganzen Welt« (3). Die wissenschaftlichen Untersuchungen Karl August Wittfogels, *Das erwachende China* (1926) und *Wirtschaft und Gesellschaft Chinas* (1931), F.C. Weiskopfs Gedicht *Kantoner Kommune* (1927), Bertolt Brechts Lehrstück *Die Maßnahme* (1930), Friedrich Wolfs Drama *Tai Yang erwacht* (1931), Egon Erwin Kischs Reportage *China geheim* (1933) und Sergej Tretjakows 1926 geschriebenes und 1929 in Frankfurt am Main in deutscher Fassung uraufgeführtes Stück *Brille China* (vgl. Li 2010, 51ff) sind weitere Beispiele für eine China-Rezeption im deutschsprachigen Raum, die die revolutionären Kämpfe in ihrer internationalen Verflechtung thematisiert. Seghers beschreibt darüber hinaus gleichberechtigtes deutsch-chinesisches Zusammenleben. Sun Fo-li ist Lehrender und Lernender zugleich. »Hier kannst du viel lernen. Deutsche Parteiarbeit, wie man Menschen zusammenhält. [...] Wer von uns nach dem Westen fährt, hat die Pflicht, viel Wissen nach Hause mitzubringen.« (1954, 191)

Seghers weiß freilich auch, dass nicht nur die Linke nach China blickt, sondern auch die Rechte die welthistorische Bedeutung der dortigen Kämpfe begriffen hat. Im Roman *Die Toten bleiben jung* (1949) gibt es einen Offizier Wenzlow, der sich der deutschen Militärberaterschaft bei der von Jiang Jieshi³ geführten Guomindang anschließt. Dessen Frau Ilse »konnte sich zwar den Namen des Mannes nicht schnell merken, der drüben im Fernen Osten aus seinem alten Land eine starke neue Nation machen wollte«, aber es war ihr »klar, dass der Mann mit dem schwierigen Namen eine starke Armee brauchte, um auch bei sich mit den Roten Schluss zu machen« (1953, 264). Und der »ausgediente Major« Malzahn sinniert: »Stell dir vor, die Sowjetunion bekäme da hinten noch ein rotes Anhängsel. Wir hätten dann auf der Welt an die siebenhundert Millionen Bolschewiken. [...] Das wäre doch [...] eine unangenehme Nachricht.« Gut also, dass Jiang deutsche Offiziere in seine Armee hole, denn »niemand, niemand, niemand kann Ordnung schaffen als unsere Offiziere, die ihr Handwerk verstehen« (300).

2 Der polnisch-deutsche Kommunist Asiaticus (1897-1941; eigentlich Heinz Grczyb, auch Heinz Möller, Hans Shippe, Xi Bo, Yaxiaren), (vermutlich) Teilnehmer an der Gründungsversammlung der KPD am 31.12.1918/1.1.1919, arbeitete 1925-27 im Hauptquartier der chinesischen Nationalrevolutionären Armee, wurde 1929 in Deutschland Mitglied der KPD (O), ging 1932 wieder nach China, schrieb dort für deutsche, chinesische und amerikanische Zeitschriften und kam im November 1941 bei Kämpfen der von der Gongchandang geführten Achten Marscharmee gegen die japanischen Aggressionstruppen in der Provinz Shandong ums Leben (vgl. www.asiaticus.de).

3 Jiang Jieshi ist Tschiang Kaischek, auch Chiang Kaishek. Im vorliegenden Text werden chinesische Namen und Ortsbezeichnungen in Pinyin, der offiziellen Umschrift der VR China, wiedergegeben (also auch Mao Zedong für Mao Tsetung, Beijing für Peking). Bei Buchtiteln und in Zitaten bleibt es jedoch bei der originalen Schreibweise.

1. Das Versagen des Komintern-Internationalismus

In Seghers' Weg spiegelt sich der an Hoffnung übervolle proletarische Internationalismus der Vor-Stalin-Zeit ebenso wie dessen nachmalige Vergeblichkeit. Nach glücklich überstandener, durch antifaschistisches Engagement geprägtem Exil in Frankreich und Mexiko kehrt die Schriftstellerin 1947 nach Deutschland zurück und entscheidet sich für die Sowjetische Besatzungszone und die DDR. Als sie 1951 die zwei Jahre zuvor gegründete VR China besuchen kann, muss sie erleben, dass ihr Internationalismus der Tat keinen Platz mehr hat. In Beijing gelingt es ihr zwar, ihre Freundin aus berliner *Gefährten*-Zeiten Hu Lanqi wieder zu sehen, aber daraufhin bekommen Hu und die Dolmetscherin Cheng Qiying, die einst ebenfalls in Berlin studierte, solche Schwierigkeiten mit den Behörden, dass Seghers auf jeden weiteren Kontakt verzichtet. Einen zweiten Freund, Liao Huanxing, kann sie erst gar nicht besuchen, da er 1938 in Moskau Opfer der stalinschen ›Säuberungen‹ wurde und erst kurz vor ihrer Ankunft nach mehr als zehn Jahren Gulag fast gelähmt zurückkehrte (vgl. Li 2010, 162f). Wieder in Berlin – und trotz ihrer persönlichen Erfahrungen hoffnungsvoll – schreibt sie 1953 ein Nachwort zu zwei Reden Maos, die dieser 1942 in Yan'an, der Hauptstadt des revolutionären ›Sondergebiets‹ Chinas, vor Schriftstellern und Künstlern gehalten hat. Dieses Nachwort mag in seiner Mao-Verehrung heute naiv erscheinen, ist aber ein beeindruckendes Zeugnis ihrer ungebrochenen internationalistischen Überzeugung, dass es sich beim Sozialismus um eine weltweite revolutionäre Bewegung handelt, in der das wechselseitige Lernen selbstverständlich ist. Damit greift sie freilich so weit über die Grenzen hinaus, die der vom Kalten Krieg befeuerte Parteidogmatismus gezogen hat, dass dies das letzte öffentliche Bekenntnis ihrer tiefen China-Verbundenheit bleiben wird. China »im Mittelpunkt der modernen Geschichte« zu sehen und Mao als »den großen Staatsmann« zu würdigen, »der auch ein Dichter ist« (1953, 75) – das allein schon ist Übertretung. Erst recht überschreitet sie Grenzen, als sie Mao mit den Worten zitiert, dass »unsere Diskussion [...] von den tatsächlichen Verhältnissen ausgehen [muss] und nicht von Definitionen«, und fortfährt, dass wir »daraus auch für uns selbst die Schlussfolgerungen ziehen [sollen]. Wir dürfen nicht – wie man es bei uns noch zu häufig erlebt – die fremde Situation schematisch auf unsere Verhältnisse übertragen. Wir müssen ihre Idee anwenden.« (82) Und weiter: »Dogmatische Formeln an die Stelle von künstlerischer Gestaltung zu setzen, das heißt nicht nur die künstlerische Empfindung zerstören, sondern die Theorie des Marxismus selbst. Denn nichts ist so antimarxistisch wie ein dogmatischer Marxismus.« (85)

Was Seghers hier will, hat etwas mit dem »Geben und Nehmen« zu tun, auf das der Mitbegründer der chinesischen kommunistischen Bewegung Li Dazhao im Frühjahr 1917 hofft. Er begreift den Zyklus der Revolutionen im Osten als den einer fruchtbaren Wechselbeziehung und beschreibt den Erfolg der russischen Februarrevolution als »in gewisser Weise von der Revolution unseres Landes [von 1911] abhängig«. Entsprechend fordert er von den chinesischen Revolutionären, nun ihrerseits »die Wirkung des Sieges« im Nachbarland auszunutzen, um in China

»die Kräfte der republikanischen Ordnung zu stärken«. Durch dieses »Gesetz von Ursache und Wirkung«, dieses »Prinzip des Gebens und Nehmens« würden »beide Länder fest miteinander verbunden« und »vielleicht [...] eines Tages [...] eine echte Gemeinschaft« bilden (zit.n. Kriwzow/Krasnowa 1981, 84).

Aber dazu kommt es nie – und damit ist ein Hauptproblem der kommunistischen Bewegung des 20. Jahrhundert benannt. Seghers versucht 1953, mit Mao und chinesischen Erfahrungen den sozialistischen Weg gegen den stalinistischen Kanon, gegen die schematische Übertragung sowjetischer Verhältnisse auf die DDR im Allgemeinen und gegen die von Moskau ausgehende ›Formalismus‹-Debatte in der Kunst im Besonderen zu stärken. Eine solche Internationalismus-Auffassung ist jedoch bei den Parteioberen in Moskau und Berlin unerwünscht, und das hat eine lange Geschichte. Seghers macht China zur Nagelprobe des Internationalismus, und der versagt. Versagt nicht ›an sich‹, aber in seiner konkreten Gestalt als Komintern-Internationalismus, in der er im Grunde schon immer versagt hat, weil ihm die Dogmatisierung der sowjetischen Erfahrungen und Ansichten von Beginn an einbeschrieben war und er spätestens 1927 in Gänze zu einem Instrument der Durchsetzung der sowjetischen Außenpolitik degradiert wurde. Nun hatte Stalin 1943 die Komintern aufgelöst, aber nicht den ihr eigenen Internationalismus. Diesen hatte er nicht nur am Leben erhalten, sondern – weil er »den Sieg der chinesischen Kommunisten, der das Gesicht der Welt vollständig ändert« (Brecht, 18.1.1949; 1973, 892), nicht anders denn als bedrohliche Konkurrenz zu deuten wusste – weiter ausgebaut und verfestigt.

Bereits der Beginn der Beziehungen zwischen sowjetischer Führung bzw. Komintern und chinesischer Revolution ist voller Widersprüche. Er ist vielversprechend, weil die chinesische Bereitschaft, von den sowjetischen Erfahrungen zu lernen, groß ist, und zugleich verwirrend, weil diese Bereitschaft in zwei unterschiedlichen Parteien besteht. Da ist zum einen die in der Folge der Revolution von 1911 entstandene Guomindang. Ihr Führer Sun Yatsen legt 1921 Wert darauf, dass das dritte seiner ›Drei Volksprinzipien‹, das Prinzip des *minshengzhuyi* (Volkswohlstand), als »der moderne Sozialismus« verstanden werde (1927, 229), und will die Guomindang als »Diktaturpartei russischen Stils« organisieren (Fairbank 1989, 214). 1923 führt Jiang Jieshi in Suns Auftrag in Moskau, das er »Zentrum der Weltrevolution« nennt, mit der Komintern-Führung Gespräche über deren künftige Zusammenarbeit mit der Guomindang. Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der Komintern, Grigori Sinowjew, bescheinigt ihm, dass »die Guomindang eine Partei des Volkes ist«, die »die Anstrengungen einer Nation [repräsentiert], die für die Gewährleistung ihrer Unabhängigkeit kämpft« (*RKP(B)*, Bd. I, 1996, 366 u. 369). Zum anderen ist da die 1921 gegründete Gongchandang, die KP Chinas, die – geführt von Chen Duxiu und programmatisch begründet von Li Dazhao – direkt an die russische Oktoberrevolution anknüpfen will und über Verbreitung des Marxismus, soziale Revolution und Diktatur des Proletariats diskutiert. Stalin setzt sich mit der Auffassung durch, dass die Interessen der Sowjetunion eine Bevorzugung der Guomindang erfordern. Als 1923 Michail Borodin als Berater zu Sun Yatsen entsandt wird, geschieht das mit dem Auftrag, sich »von den Interessen der nationalen Befreiungsbewegung

Chinas leiten und sich dabei keineswegs von den Zielen einer Einführung des Kommunismus in China hinreißen zu lassen« (297; vgl. Adolphi 2009, 52). Die Gongchandang-Mitglieder werden aufgefordert, in der Guomindang mitzuarbeiten.

Diese Zusammenarbeit ist – vor allem nach dem Tod Sun Yatsens 1925 – immer auch konfliktreiche Auseinandersetzung, die Jiang Jieshi im Sommer 1927 mit der blutigen Zerschlagung der Gongchandang in den Städten vorläufig für sich entscheidet. KPdSU und Komintern müssen erkennen, dass Jiang sich des Bündnisses mit ihnen bedient, aber mit wachsender Durchsetzungskraft eigene Ziele verfolgt. Die Überlebenden der geschlagenen Gongchandang fliehen in die Berge. Mao setzt sich an die Spitze einer Neuorganisation der Partei. Diese stützt sich auf die Bauernschaft und hat drei Stoßrichtungen: gegen die ausländische, nun insbesondere japanische Intervention; gegen die Guomindang; gegen die Bevormundung durch KPdSU und Komintern.

Stalin bleibt, nimmt man seine Linie als Ganzes, entsprechend einer auf die Sowjetunion bezogenen sicherheitspolitischen Logik bei der Bevorzugung Jiangs. Durch den Antikominternpakt vom November 1936, mit dem Deutschland und Japan ihre Aggressionsachse begründen, sieht er sich mit der Gefahr eines Zweifrontenkriegs gegen die Sowjetunion konfrontiert, und als Japan am 7. Juli 1937 seine umfassende Aggression gegen China beginnt, kann – wenn es um zwischenstaatliche Vereinbarungen gegen diese Aggression geht – nur die das Land regierende Guomindang Partner sein. Die Guomindang ist jedoch gezwungen, mit der Gongchandang, die sich den immer neuen ›Ausrottungs‹-Feldzügen der Guomindang mit ihrem ›Langen Marsch‹ 1934/35 entzogen hatte, eine antijapanische Einheitsfront zu bilden. Jede ausländische Macht, die mit und in China Politik machen will, muss sich auf diese ›Doppelherrschaft‹ einrichten und mit den Protagonisten beider Seiten umzugehen wissen. Praktisch bedeutet die Einheitsfront, dass die beiden von der Gongchandang geführten Armeen als Teil des Gesamtheeres unter dem Oberbefehl von Jiang stehen. Dieser regiert zunächst von Nanjing aus, flieht Ende 1937 unter dem Druck der vorrückenden Japaner nach Hankou und im Herbst 1938 weiter nach Chongqing. Mao setzt sich in Yan'an fest und entwickelt in diesem ›Sondergebiet Chinas‹ ein eigenes Staatswesen, das zur Grundlage für die spätere Volksrepublik wird.

Die Sowjetunion ist das einzige Land, das sich 1937 an Chinas Seite stellt. Sie schließt am 21. August 1937 mit China einen Nichtangriffsvertrag und leistet bis 1939 bemerkenswerte militärische Hilfe in Form von fast 1000 von sowjetischen Piloten gesteuerten Flugzeugen, 82 Panzern, 1300 Geschützen und 14.000 Maschinengewehren, dazu kommen mehr als 3600 Berater (Cherepanov 1982, 11). Als Deutschland am 22. Juni 1941 die Sowjetunion überfällt, muss diese ihre Hilfe für China jedoch einstellen. China seinerseits wird zum Bestandteil der sich formierenden Anti-Hitler-Koalition. Jiang wird 1943 zur Konferenz mit den USA und Großbritannien nach Kairo eingeladen, steht aber in China längst nicht mehr so unumstritten an der Spitze wie zuvor. Im »Machtdreieck« Japaner-Guomindang-Gongchandang verschieben sich »die Gewichte allmählich zugunsten der [...] kommunistischen Bewegung« (Osterhammel 1989, 321). Maos Kurs trägt Früchte und wird sich im Bürgerkrieg 1946-49 endgültig als überlegen erweisen.

Aber Stalin bevorzugt auch weiterhin Jiang. Im Frühjahr 1945 informiert er Mao nicht offiziell darüber, dass die Sowjetunion in den Krieg gegen Japan eintreten wird (Stolberg 1997, 62). Am 14. August 1945 schließt er mit Jiang einen Freundschafts- und Beistandsvertrag; Mao ist nur als Zaungast geduldet (Wladimirow 1976, 768). Als am 1. Oktober 1949 die VR China gegründet wird, gratuliert er Mao nicht persönlich (Stolberg 1997, 176). Auch danach gelangt Mao nicht zu gleichberechtigter Partnerschaft. Der sowjetisch-chinesische Vertrag über Freundschaft und gegenseitigen Beistand vom 14. Februar 1950 ist insofern ungleich, als die Sowjetunion nicht bereit ist, ihre Sonderrechte bei der ostchinesischen Eisenbahn und in den Marinebasen Lüshun und Dalian sofort aufzugeben (vgl. Adolphi 2009, 141). Gedemütigt wird Mao auch im Koreakrieg 1950-53, bei dem ihm während telegraphischer Verhandlungen mit Moskau vor dem Einsatz chinesischer Truppen klar wird, dass Stalin diesen Krieg zwar als Teil seiner Auseinandersetzung mit den USA um die Neugestaltung der Welt begreift, die Kastanien aber nicht durch sowjetische, sondern chinesische Truppen aus dem Feuer holen lassen will (vgl. Stolberg 1997, 235ff; Adolphi 2009, 143).

Auch nach dem Tod Stalins 1953 und der ›Entstalinisierung‹ durch den 20. KPdSU-Parteitag 1956 vermag sich die KPdSU von der Linie der Bevormundung der Gongchandang nicht zu lösen. Ende der 1950er Jahre reagiert sie auf die Versuche Maos, dem sowjetischen Modell der Planung und Entwicklung der Wirtschaft ein eigenes entgegenzusetzen, mit dem Abzug zehntausender sowjetischer Techniker und Wirtschaftsfachleute und der Einstellung ihrer beträchtlichen Hilfsleistungen. Es kommt zum völligen Bruch mit weitreichenden Folgen. Die »erzwungene Abriegelung nach außen«, charakterisiert Oskar Negt die Folgen dieser Entwicklung für China, und »die wenige Jahre später einsetzende Mobilisierungsstrategie im Innern sind zwei Seiten desselben politischen Prozesses: der Rückbesinnung auf die autonomen Bewegungskräfte der chinesischen Gesellschaft, um aus eigenem Vermögen und ohne fremde Hilfe den Anschluss an die Gegenwart zu finden« (2007, 472).

In der Zeit des Bruchs zwischen der Sowjetunion und China in den 1960er und 70er Jahren erscheinen in der Sowjetunion, der DDR und anderen Ländern der ›sozialistischen Staatengemeinschaft‹ zahlreiche ›antimaoistische‹ Kampfschriften, die das Versagen des Komintern-Internationalismus endgültig manifestieren. Charakteristisch für diese Schriften sind ein scharfer Propagandatone und das Fehlen jeglicher Selbstkritik. Alles ist Selbstgewissheit und missionarischer Eifer. »Gezielten Missbrauch der sozialistischen Gesellschaftsordnung« betreibe »die gegenwärtige chinesische Führung«, heißt es in einem dieser weit verbreiteten, auf die allgemeine politische Bildung in der DDR zielenden Bücher, sie nutze »den materiellen Reichtum der chinesischen Gesellschaft ausschließlich im Interesse ihrer Hegemonieziele«, heize »bewusst internationale Konfliktherde an«, bekämpfe »den Weltsozialismus mit allen [...] zu Gebote stehenden Mitteln«, gebe sich, »um an der Anziehungskraft des wissenschaftlichen Sozialismus zu schmarotzen [...], als ›Verteidiger‹ des Marxismus-Leninismus aus« und habe »die ruhmvollen revolutionären Traditionen der KP Chinas verraten«. Daher träten »die marxistisch-

leninistischen Parteien, wenn sie den Maoismus entschieden bekämpfen, nicht nur für die Interessen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, für die Interessen des Weltsozialismus und den Frieden ein«, sondern sie erfüllen »auch ihre internationalistische Klassenpflicht gegenüber den chinesischen Kommunisten, gegenüber allen chinesischen Werktätigen« und kämpften somit »für die sozialistische Perspektive Chinas« (Müller/Klein 1976, 281).⁴

Das Bild bliebe freilich einseitig, ließe man die chinesische Seite des Bruchs und des Propagandakriegs unbeachtet. So bedroht Ende der 1950er Jahre Maos Auffassung, wonach man sich vor einem dritten Weltkrieg »nicht fürchten« müsse, weil es in seiner Folge »nicht mehr viel Platz in der Welt für Imperialisten« geben werde (*Genosse Mao Tse-tung*, 1958, 33), auf gefährliche Weise die gerade zaghaft beginnende Verständigung zwischen der Sowjetunion und den USA über Abrüstung und friedliche Koexistenz. Dass es zum Bruch mit der Sowjetunion kommt, wird ausschließlich dieser angelastet: Sie sei »sozialimperialistisch« geworden und damit habe das »während einiger Zeit existierende sozialistische Lager zu bestehen aufgehört« (*Rede von Deng Hsiao-ping*, 1974, 2). Das Feindbild Sowjetunion wird stufenweise verschärft: Zunächst wird sie mit den USA gleichgesetzt als eine der »beiden Supermächte«, die »nach einer Vorherrschaft über den Erdball« trachten (2f), später wird sie noch über die USA gestellt. In der »Tyranisierung anderer« tue sich »vor allem jene Supermacht hervor, die sich mit dem Etikett des ›Sozialismus‹ versehen« habe (3); die Sowjetunion und die USA seien in ihrer Eigenschaft als »Hegemonialmächte« »gemeinsame Feinde aller Völker«, die Sowjetunion stelle jedoch zudem »die gefährlichste Quelle eines Weltkrieges« dar (*Die Theorie*, 1977, 26). Und es bleibt nicht bei der Propaganda. Die seit 1971 sich entwickelnden Beziehungen mit den USA dienen ausdrücklich der Druckausübung auf die Sowjetunion. Mitte der 1970er Jahre unterstützt die chinesische Führung das Regime der Roten Khmer in Kampuchea und versucht verstärkt, auf die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika gegen die Sowjetunion Einfluss zu nehmen.

Angesichts der realen Dimension des Konflikts und weil sie sich in der Polemik der Auseinandersetzung eingegraben hat, verpasst die sowjetische Führung allerdings den Aufbruch Chinas, der im Dezember 1978 mit dem von Deng Xiaoping geprägten 3. Plenum des Gongchandang-ZK beginnt. Noch 1979 hält man in Moskau an der Überzeugung fest, dass »der Antisowjetismus der Beijinger Führung [...] Ausdruck des antiproletarischen, antisozialistischen [...] Wesens des Maoismus [...] als einer kleinbürgerlichen, groß-han-chauvinistischen⁵ politischen Strömung« sei (Fedossejew 1979, 274). Noch verhängnisvoller als die Fortsetzung des Propagandakriegs aber ist es zu verkennen, dass im chinesischen Reformprozess Zukunftspotenziale steckten, die auch für die Sowjetunion selbst interessant sein könnten. Als im Dezember 1976 in Beijing überraschend eine Rede Maos vom

4 Die Autorennamen Rudolf Müller und Dietmar Klein sind Pseudonyme. Man wollte sich für den Fall einer künftigen Wiederannäherung nicht alle Gesprächschancen verbauen.

5 Groß-han-chauvinistisch meint Chauvinismus der Volksgruppe der Han, die über 90 Prozent der chinesischen Bevölkerung stellt.

April 1956 mit dem Titel »Über die zehn großen Beziehungen« veröffentlicht wird, glaubt man darin bewiesen zu sehen, dass Mao »schon damals versuchte, die Generallinie des Aufbaus des Sozialismus aus dem Jahre 1952 zu revidieren« und »die Erfahrungen der Sowjetunion zu verunglimpfen« (Medwedjew 1979, 296). Man blickt wie eh und je misstrauisch auf Maos Anstrengungen, sich von der alleinigen Abhängigkeit von der Sowjetunion zu emanzipieren, und kann nicht ertragen, dass Mao dafür plädierte, »von den Vorzügen aller Nationen und aller Länder zu lernen« und »analytisch und kritisch« auch mit den »Erfahrungen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder« umzugehen (Mao 1956/1978, 342). Weitgehend unbeachtet bleibt, dass in Maos Forderung nach einer »stärkeren Entwicklung von Landwirtschaft und Leichtindustrie« (322), in seiner Einschätzung, dass es »wohl nicht richtig« sei, »alles in den Händen der zentralen Ebene bzw. der Provinz- und Stadtebenen zu konzentrieren« und »den Fabriken [...] keine Befugnisse, keine Bewegungsfreiheit und keine Erträge zuzugestehen« (327), oder in seinem Plädoyer dafür, dass »der Partei- und Staatsapparat bedeutend vereinfacht [...] wird unter der Bedingung, dass dabei erstens niemand zu Tode kommt und zweitens keine Arbeit ins Stocken gerät« (335), Anregungen liegen, die Gegenstand einer neuen, reformorientierten Form des Dialogs hätten werden können.

Bis zu ihrem Ende 1990/91 gelingt es der sowjetischen Führung nicht, die beiden Revolutionen als in stetiger Wechselbeziehung miteinander zu begreifen. KPdSU und Komintern erscheinen in der »antimaoistischen« Geschichtsschreibung als stets fehlerfrei und entsprechend gilt die chinesische Entwicklung nur dann als »richtig«, wenn sie diesen Maßstäben gehorcht: 1921-24 in der Gründungsphase der Partei, 1924-27 in der Zusammenarbeit mit der Guomindang und 1949-58 von der Gründung der VR China bis zur 2. Tagung des 8. Parteitags. In diesen Phasen hatte Mao die Führung entweder noch nicht inne (1921-27) oder die KPdSU war der Auffassung, ihn mittels Parteinarbeit für seine innerparteilichen Kritiker unter Kontrolle zu haben (1949-58). Dann sieht sich die KPdSU als Teil oder sogar Motor des Prozesses. Wurde die Entwicklung hingegen von Mao dominiert (1927-37 und 1958-76), versteht sie sich als etwas Äußeres und versetzt sich in die Rolle der Warnerin und Mahnerin, die den »eigentlichen« Sozialismus bewahrt und für die Nach-Mao-Zeit in Reserve hält. Das ist angesichts der Realität der Stalin-Herrschaft und der seit 1956 insgesamt nur halbherzig vollzogenen »Entstalinisierung« grotesk.

Besonders deutlich wird die dogmatische Erstarrung der »antimaoistischen« Geschichtsschreibung bei der Beurteilung der Zeit des antijapanischen Befreiungskriegs 1937-45. Die Gleichzeitigkeit des gemeinsamen antifaschistischen Handelns von KPdSU und Gongchandang und der Emanzipation Maos vom sowjetischen »Modell« versperrt sich dem simplen Freund-Feind-Schema des »Antimaoismus« vollends. Ähnlich verhält es sich mit der Phase des Bürgerkriegs 1946-49, als die Befreiungsarmee einen solchen Rückhalt unter den Massen gewinnt, dass aus ihrem Kampf eine Volksrevolution wird. Der »Antimaoismus« versucht daraufhin, Maos Wirken von der Gongchandang abzutrennen, Prozesse voneinander zu scheiden, die in Wahrheit unauflösbar miteinander verknüpft waren. »Nicht auf der Grundlage

der ›Ideen Mao Zedongs‹, heißt es zum Beispiel, habe die Revolution gesiegt, »sondern im Ergebnis der Mobilisierung breiter Volksmassen um die KP Chinas« (Müller/Klein 1976, 74).

So widerspiegelt die für zwei Jahrzehnte die Politik, die gesellschaftswissenschaftliche Debatte und den parteioffiziellen Bildungsbetrieb im sowjetischen Machtbereich bestimmende Auseinandersetzung auf ihre Weise die Unfähigkeit der KPdSU und der von ihr abhängigen Parteien, ihre Nagelprobe China zu bestehen, d.h. zu einer durch wechselseitiges Lernen geprägten Kooperation, zu einem internationalistischen Zusammenwirken neuen Stils zu gelangen.

2. Das Versagen des Westens

Für China bestand die Dramatik des Versagens des Ostens auch darin, dass die Anlehnung an die Sowjetunion in den entscheidenden Momenten seiner Revolution ohne realistische Alternative war. So hält Freda Utley 1947 den USA den Spiegel vor: Sie hätten China in seinem Streben nach Emanzipation stets allein gelassen. Die Washingtoner Konferenz von 1922, mit der die Nachkriegsverhältnisse im ostasiatisch-pazifischen Raum geregelt werden sollten, sei für die Chinesen eine »bittere Enttäuschung« gewesen, weil ihr Land nicht »wirkliche Unabhängigkeit« gewonnen habe, sondern in Interessensphären der Westmächte und Japans aufgeteilt blieb. Sun Yatsen, lange auf westliche Unterstützung seiner Reformpläne hoffend, habe »erst dann das kommunistische Russland um Hilfe ersucht«, als ihm klar geworden sei, »dass das chinesische Volk seine Freiheit nur mit Gewalt gewinnen könne« (Utley 1947, 360f). Auch nach der japanischen Okkupation der Mandschurei 1931 und der sich anschließenden Gründung des Marionettenstaats ›Manzhouguo‹ hätten die USA versagt. »Nichts« hätten sie getan, »um Japan zu stoppen, solange das noch ohne Kriegsrisiko möglich war«, und stattdessen »Kompromisse mit dem Aggressor auf Kosten Chinas« geschlossen, immer darauf bedacht, vor allem ihre eigenen Interessen zu wahren (364f). In der Tat hat Jiang Jieshi, als er im September 1931 in seinem Tagebuch notiert, dass »mit der japanischen Aggression in China [...] der zweite Weltkrieg begonnen« habe, allen Grund zu der besorgten Frage, »ob den Staatsmännern der Welt dies bewusst« sei (zit.n. Furuya 1981, 325). Im Westen rührt sich zu seiner Unterstützung keine Hand.

So kommt es, dass Jiang eine Annäherung an Deutschland für einige Jahre als ernsthafter Ausweg erscheint. Schon seit 1927 lässt er sich im Kampf gegen die Gongchandang von deutschen Militärberatern unterstützen. Nun geht es ihm um strategische wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit. Konzeptionelle Grundlage dafür ist die bereits von Sun Yatsen ins Spiel gebrachte Idee eines ›Kontinentaldreiecks‹ China-Sowjetunion-Deutschland, die 1932 in einem im Umkreis von Jiang entstandenen Aufsatz zur außenpolitischen Strategie weiter ausgebaut wird. Demnach seien China und Deutschland nicht nur durch ihre komplementären Wirtschaften – Agrarprodukte und Rohstoffe hier, Industrieprodukte da – auf »natürliche« Weise miteinander verbunden, sondern auch beide »durch Verträge

gefesselt« – China durch ungleiche Wirtschaftsverträge und Deutschland durch Versailles – und daher »Leidensgenossen« mit »gemeinsamen antiimperialistischen Standpunkten« (Xu 1932, 38; vgl. Adolphi 1989, 215ff). 1937 ist China mit 37 Prozent Hauptabnehmer deutscher Waffenlieferungen und insgesamt nach den USA und Brasilien das »drittwichtigste außereuropäische Absatzgebiet« für Deutschland. Der deutsche Anteil am chinesischen Außenhandel steigt auf 17 Prozent und es gilt »nur als eine Frage der Zeit, dass Deutschland die weniger als ein Prozent vor ihm rangierenden USA überrunden und in China die marktbeherrschende Position einnehmen« werde (Martin 1986, 359). Hitler schreibt im Mai 1936 an Jiang, dass er »mit großer Befriedigung« dessen »Entschluss« begrüße, »das Aufbauwerk Chinas in freundschaftlicher Zusammenarbeit mit Deutschland durchzuführen«. Dies könne »beiden Völkern nur von großem Nutzen sein« (zit.n. Adolphi 1989, 211). Die Hoffnung der Guomindang auf Deutschland als ernsthaften Partner ist so groß, dass der unübersehbar der Unterstützung des Aggressors Japan dienende Antikominternpakt zwischen Deutschland und Japan als tolerabel hingenommen wird. Der Pakt berühre China nicht, meint Außenminister Zhang Qun, denn die Guomindang werde die »kommunistischen Banditen« schon »mit eigener Kraft unterdrücken« (zit.n. ebd.). Die »kommunistischen Banditen« zwingen die Guomindang jedoch bald zum gemeinsamen Vorgehen gegen die japanische Aggression, und für Hitler ist China nur im Rahmen seiner Weltherrschaftspläne interessant. Als er im Februar 1938 die Anerkennung von »Manzhouguo« durch Deutschland bekannt gibt, begründet er dies u.a. damit, dass China »seelisch oder materiell nicht gekräftigt genug« sei, »um aus eigenem einem bolschewistischen Ansturm standhalten zu können« (zit.n. 227). Jeder Gedanke an eine gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen China und dem faschistischen Deutschland hat sich damit endgültig erledigt. In der Gongchandang übrigens hat es solche Gedanken nie gegeben, denn für sie gehört zum Widerstand gegen die japanische Aggression von Anfang an eine unmissverständliche Verurteilung der deutschen Kriegspläne und Aggressionspolitik.

Im weiteren Verlauf des Zweiten Weltkriegs wird China nicht nur zum Verbündeten der Sowjetunion, sondern zum Mitglied der gesamten Anti-Hitler-Koalition. So werden die anderen Mächte gezwungen, China als gleichberechtigt anzuerkennen. Auf der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen im April 1945 in San Francisco erreicht diese Gleichberechtigung ihren Höhepunkt. Der zur Guomindang-Führung gehörende Außenminister Song Ziwen (T.V.Soong) weist darauf hin, dass der Weltkrieg 1931 begonnen habe und »China 30 Millionen seiner Einwohner und reicher Naturschätze beraubte«, und unterstreicht so das besondere Interesse seines Landes an einer gerechten und die Freiheit der Völker garantierenden Nachkriegsordnung (*Die Konferenz*, 1988, 99f).

Allerdings denkt und plant die Guomindang ohne die Gongchandang. Auch Utley redet 1947 nur einem neuerlichen Versagen der USA das Wort, indem sie unter einer Unterstützung Chinas die bedingungslose Unterstützung der Guomindang bei gleichzeitig bedingungsloser Bekämpfung der Gongchandang versteht. Den 1946 beginnenden chinesischen Bürgerkrieg sieht sie als Zentrum einer weltweiten

Systemauseinandersetzung: »Nirgends« sei »die Frage der Welthegemonie [...] so klar« aufgeworfen »wie in China«. »Russland« ziele hier auf »die vollständige Auslöschung der amerikanischen Rechte und Interessen« und stelle in Asien »eine weit größere Bedrohung für die amerikanische Sicherheit« dar, als Japan das jemals vermocht habe. Hätten die USA – so meint sie rückblickend – »sich nicht geweigert, etwas gegen die lange Reihe japanischer Aggressionsakte in China zu unternehmen, wäre Japan niemals mit Deutschland und Italien ein Militärbündnis eingegangen« und es hätte auch »kein Pearl Harbor gegeben« (21f). Nun gelte es, ein neues – diesmal von der Sowjetunion ausgehendes – Pearl Harbor zu verhindern, und das gehe nur mit der Guomindang. »Der Kampf zwischen dem Westen und Russland um die Vorherrschaft über Chinas Körper und Seele«, wie er schon das 19. Jahrhundert bestimmt hatte, sei nun »wieder aufgenommen« – und zwar »als Teil des weltweiten Kampfs zwischen dem kommunistischen Russland und dem demokratischen Amerika« (23).

Dieses Verständnis vom »weltweiten Kampf« repräsentiert das Weltbild, das unter Harry S. Truman im Kalten Krieg zur zentralen Doktrin der Außenpolitik der USA wurde. Hierüber bricht Ende der 1940er Jahre in der amerikanischen China-Politik ein erbitterter Streit aus. Nachdem mit dem Sieg der Gongchandang im Bürgerkrieg und der Gründung der VR China das Land in den Augen Washingtons als »an die Sowjetunion verloren« gilt, wird nach Schuldigen für diese Niederlage gesucht und so gerät die Chinapolitik auch ins Visier des »Ausschusses für unamerikanisches Verhalten« (HUAC). Der langjährige Fernostdiplomate O. Edmund Clubb, dessen Karriere nach dem Verdacht auf »kommunistische Konspiration« durch das HUAC beendet wurde, bilanziert 1974 – seit dem Besuch von Präsident Richard Nixon in der VR China 1972 gilt ein Engagement für gute Beziehungen mit der Gongchandang nicht mehr als »unamerikanisch« – diese Auseinandersetzungen. In der nun manifest gewordenen Bereitschaft Maos, sich im nationalen Interesse Chinas endgültig aus der längst gescheiterten einseitigen Bindung an die Sowjetunion zu lösen und mit den USA zu arrangieren, findet Clubb seine Überzeugung bestätigt, dass es sich beim Kommunismus eben nicht – wie in der Truman-Zeit behauptet – um ein »globales und monolithisches« Phänomen handle, dem mit einem »Kreuzzug gegen das »Böse«« begegnet werden müsse, sondern um etwas je Besonderes, auf das in seiner nationalen Gestalt je besonders zu reagieren sei (18f).

Diese Auffassung hat Clubb bereits 1931 zu entwickeln begonnen. Der »Militarismus« der Guomindang und der Warlords allein, so schreibt er damals in Berichten aus China, könne Chinas Probleme nicht lösen. Sollte es den »regionalen Führern« nicht gelingen, »ihre Differenzen [zu] überwinden und ein einheitliches Programm des wirtschaftlichen Wiederaufbaus vor[zul]egen«, werde »die kommunistische Partei mit ihrer klaren Orientierung [...] die Macht in Süd- und Zentralchina übernehmen« (41). 1932 berichtet er, die chinesische Revolution habe »eine neue Stufe auf dem Weg vom imperialen Feudalismus zur Schaffung demokratischer Institutionen« erreicht, und sagt voraus, dass die Entwicklung »wahrscheinlich langsam in Richtung eines Staatssozialismus gehen« werde (42). Diese Einschätzung habe

Clubb im Außenministerium Zustimmung eingebracht, aber auch Widerspruch bei denen, die »in Übereinstimmung mit der offiziellen ›Linie‹ der chinesischen Regierung zu glauben wünschten, dass es sich bei den rebellischen Bauern lediglich um ›rote Banditen‹ handelte« (ebd.).

1944 besteht für einige Monate die Chance, dass die USA auf der Grundlage von Analysen wie denen von Clubb ihre Chinapolitik nachhaltig ändern. Man beginnt, die Gongchandang als »die dynamischere Kraft« zu sehen, die »einen Bürgerkrieg tatsächlich gewinnen könnte« (Tuchman 1988, 552f). Mit Unterstützung von Joseph W. Stilwell, Oberbefehlshaber der US-Truppen auf dem chinesisch-indisch-burmesischen Kriegsschauplatz und scharfer Kritiker der Guomindang, reist eine Beobachtergruppe unter Oberst David Barrett nach Yan'an, um die Ansichten der Gongchandang-Führung zu einer Zusammenarbeit mit den USA auszuloten. Die Gruppe wird positiv aufgenommen – der in Yan'an stationierte sowjetische Berater P.P. Wladimirow spricht von »Flitterwochen« und vermerkt, dass Mao sogar eine Umbenennung der Gongchandang erwogen habe, um eine künftige Zusammenarbeit zu erleichtern (1976, 373f) – und da sie von einem »erfrischenden Gegensatz« berichtet, in dem die Gongchandang zur Guomindang stehe, gewinnt die Einsicht an Gewicht, dass man »mit den Kommunisten zusammenarbeiten« müsse (Tuchman 1988, 572f).

Aber nach dem Tod Franklin D. Roosevelts im April 1945 setzen sich jene Kräfte durch, die bedingungslos auf Jiang und die Guomindang setzen. Die Chinapolitik gerät ins Zentrum der antikommunistischen Hysterie und der Generalabrechnung mit der Politik Roosevelts. Die VR China wird nicht anerkannt. Die nach Taiwan geflohene Guomindang wird – so Clubb – zum »einzigsten ›China‹, das den Vereinigten Staaten geblieben war« (1974, 23). Ihre Version vom Verlauf des Bürgerkriegs, wonach sie nicht geschlagen, sondern »verraten« worden sei, wird von der republikanischen Minderheit im Kongress dankbar aufgegriffen und um den Vorwurf an die Demokraten ergänzt, sie hätten Jiang »den Bach runter gehen lassen« (ebd.). Dabei habe sich die Frage »Wer hat China verloren?« in China selbst beantwortet: Es seien »Jiangs Nationalisten mit ihrer politischen und militärischen Ineffizienz und ihrer Korruption« gewesen. Ihre Niederlage habe sich seit Langem als »unvermeidlich« abgezeichnet (25). Nur dadurch, dass die USA den Antikommunismus zum Kernstück ihrer Außenpolitik machten, seien ihnen im Bürgerkrieg zeitweilig noch einmal »neue Kräfte« zugewachsen (17).

Die USA bleiben auf die Guomindang und Taiwan fixiert, bis um 1971 endgültig klar wird, dass sie den Vietnamkrieg nicht gewinnen können. Jetzt – wieder durch einen Krieg ausgelöst – rückt China in ein neues Licht. Die USA kompensieren ihre Niederlage in Vietnam durch die Herstellung einer Partnerschaft mit der VR China. Mit dem von Deng Xiaoping im Dezember 1978 eingeleiteten Reformkurs im Innern beginnt auch eine fundamentale Neugestaltung der internationalen Beziehungen der VR China. Plötzlich scheint es Isolation und Diskriminierung nie gegeben zu haben. Die langwährende Nagelprobe scheint von allen Seiten bestanden. Die VR China hat sich dank ihrer eigenen Stärke durchgesetzt. Allerdings stellt sich die Frage, ob wir nicht vor einer neuen Nagelprobe stehen.

3. Das ›gemeinsame Haus Welt‹ und die Systemfrage

Henry Kissinger, als Sicherheitsberater von US-Präsident Nixon 1971/72 Architekt der Überwindung der ›Nicht-Beziehungen‹ zwischen den USA und der VR China, leistet in seinem jüngsten Buch Beachtliches an Anerkennung der seitherigen chinesischen Entwicklung. Das Land habe sich »zu einer wirtschaftlichen Supermacht und zu einem wichtigen Faktor bei der Gestaltung der politischen Weltordnung entwickelt«; die Beziehungen zwischen den USA und China seien »zu einem zentralen Element beim Streben nach Weltfrieden und weltweitem Wohlstand geworden« (2011, 12). Unter Verweis auf Kant betont er, dass die Menschheit sich an einem »Scheideweg« befinde: »Ewiger Friede« könne »durch menschliche Einsicht« entstehen oder »durch Konflikte und Katastrophen eines Ausmaßes, das der Menschheit keine andere Wahl lassen würde« (543). Aufgrund des »Exzeptionalismus« von USA und China könne deren wechselseitige Beziehung wesentlich dazu beitragen, den anzustrebenden Weg der »Einsicht« einzuschlagen. Dieser Exzeptionalismus sei im Fall der USA ein »missionarischer«, die »Pflicht« enthaltend, deren »Werte auf der ganzen Welt zu verbreiten«, und im Fall Chinas ein »kultureller«, der sich nicht in Missionierung ausdrücke, sondern im »Erbe der Tradition des Reichs der Mitte«, das »an die Allgemeingültigkeit seiner Kultur« glaube (12). Auf dieser Grundlage müssten beide nicht so sehr eine »Partnerschaft« eingehen, sondern eher eine »Ko-Evolution« auf den Weg bringen. Es gehe nicht um »totale Interessengleichheit«, sondern um ein Verhältnis, in dem beide Mächte »ihren innenpolitischen Anforderungen Beachtung schenken, dabei umfassend kooperieren und ihre Beziehungen so abstimmen, dass möglichst wenig Konflikte entstehen«. Beide Mächte müssten sich bewusst sein, dass sie »zu groß« sind, um »von der jeweils anderen beherrscht zu werden«, weshalb keine von beiden die »Voraussetzungen für einen Sieg in einem heißen oder kalten Krieg« erfülle (540).

Das alles klingt schlüssig und ist gegenüber der Situation vor vierzig, geschweige denn vor sechzig Jahren geradezu ein Quantensprung in der Bewertung des internationalen Gewichts Chinas und im eigenen Verhalten dazu. Dennoch bleibt Kissinger dem alten Vormacht- und Konkurrenzdenken verhaftet. Die USA hätten unverändert »die Pflicht, ihre Wettbewerbsfähigkeit und ihre Rolle in der Welt zu erhalten« (539). Da sie »den Kalten Krieg gewonnen« haben (12), müsse Russland bei der Weltgestaltung nur noch eine marginale Rolle beigemessen werden. Zwar plädiert er für die Bildung einer »Pazifischen Gemeinschaft«, aber als Vorbild dafür dienen ihm nicht die Sicherheitsstrukturen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), wie sie in den 1970er Jahren systemübergreifend geschaffen worden sind, sondern das »Konzept der Atlantischen Gemeinschaft«, dessen Erfindung er zu den »großen Leistungen der Generation« zählt, »die am Ende des Zweiten Weltkrieges eine neue Weltordnung schuf« (541f). Atlantische Gemeinschaft aber bedeutete ›Eiserner Vorhang‹ und Konfrontation, die KSZE hingegen beförderte wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit über die Systemgrenzen hinweg und beflügelte die Idee vom ›gemeinsamen Haus Europa‹.

In Kissingers Plädoyer für gute und auf die Erhaltung des Friedens gerichtete Beziehungen zwischen den USA und China fehlen zwei wesentliche Punkte: erstens Ideen für eine wirklich kollektive Sicherheitsstruktur und zweitens Überlegungen, wie die immer drängenderen Probleme des Umgangs mit den knapper werdenden Ressourcen kollektiv angegangen werden sollen. Was und wem nützt eine »Ko-Evolution«, die nur auf verschärfte Konkurrenz im Wettlauf um diese Ressourcen hinausläuft, bei der zudem die weiteren Konkurrenten wie Russland, Indien, Japan, Indonesien und Brasilien – um nur einige wichtige zu nennen – im Zuge einer Stärkung exklusiver bilateraler Beziehungen notgedrungen zweitrangig würden?

Diese Frage bleibt auch bei anderen westlichen China-Beobachtern unbeantwortet. So hält Helmut Schmidt es zwar »für einen schweren Fehler«, in der raschen Entwicklung Chinas »eine Herausforderung zum Zweikampf sehen zu wollen«, und fordert, die »Eigenständigkeit Chinas« als »gleichberechtigt an[zu]erkennen und [zu] respektieren« und zu begreifen, dass China »beim Wiederaufstieg zur Weltmacht seinen eigenen Weg gehen« werde (*Nachbar China*, 2006, 313f). Dass aber der ›Westen‹ über diese Akzeptanz des chinesischen Wegs hinaus einen eigenen Kurswechsel vollziehen und sich darüber mit dem ›Osten‹ abstimmen muss – davon ist keine Rede.

Um einen solchen gemeinsamen Kurs aber muss es gehen. Die alten Bündnisstrategien, bei denen es immer einen zu bekämpfenden Gegner gab, sind nicht mehr angemessen. Die Fragen, vor denen die Welt heute steht, betreffen vor allem den Umgang mit den knapper werdenden natürlichen Ressourcen: Energieträger, Rohstoffe, landwirtschaftliche Nutzfläche, Wasser und Luft. China ist durch seine rasante Entwicklung der vergangenen drei Jahrzehnte zu einem entscheidenden Akteur bei der Beantwortung dieser Fragen geworden. Seine erfolgreiche Revolution hat es in diese Rolle versetzt – und zugleich die Welt verändert.

Kissinger – wie gezeigt – umreißt die Problemlage, aber scheut die entscheidende Konsequenz: die des eigenen Umsteuerns. Da ist es überaus erstaunlich zu entdecken, dass der britische Philosoph, Mathematiker, Logiker und Pazifist Bertrand Russell schon in den 1920er Jahren, in Seghers' *Gefährten-Zeit*, im Ergebnis einer Chinareise genau diese Frage aufgeworfen hat. Gegen das kolonialistisch geprägte Chinabild stellt er klar: »Wenn ein Verkehr zwischen den Westvölkern und China fruchtbar sein soll, [müssen] wir aufhören, uns als Missionare einer höheren Zivilisation anzusehen« (1925, 2). Dann postuliert er: »Wenn es den Chinesen freigestellt wird, von unserer Zivilisation anzunehmen, was sie wollen, und zurückzuweisen, was ihnen als schlecht auffällt«, wird es ihnen gelingen, »ein organisches Wachstum aus ihrer eigenen Zivilisation heraus hervorzubringen und dadurch, dass sie unsere Vorzüge mit den ihren verbinden, ein sehr glänzendes Resultat zu erzielen«. Voraussetzung dafür sei jedoch, dass »zwei entgegengesetzte Gefahren« vermieden werden: erstens »dass sie vollkommen verwestlicht werden und nichts von dem bewahren, was sie bisher ausgezeichnet hat, so dass sie nur zu den ruhelosen, intelligenten, industriellen und militaristischen Nationen, die jetzt diesen unglücklichen Planeten peinigen, eine weitere hinzufügen«; zweitens »dass sie, im Laufe des Widerstandes gegenüber fremden Angriffen, in einen intensiv fremdenfeindlichen Konservatismus

hineingedrängt werden« (5). Russell ahnt hier auf erstaunliche Weise die Zeit von ›Großem Sprung‹ und ›Kulturrevolution‹ voraus und der ›Verwestlichungs‹-Diskurs passt unmittelbar in gegenwärtige Auseinandersetzungen. Darüber hinaus arbeitet er die heutige Nagelproben-Frage heraus: Wenn China eine Zukunft als freies und gleichberechtigtes Land haben soll, müsse das »wesentliche Übel des jetzigen Systems« überwunden werden, in dem stets nur »Produktion zum Gewinn statt zum Verbrauch« getrieben werde, denn daraus erwachsen notwendig »Konkurrenz« und »Ausbeutung« (159). Es sei nun einmal »unmöglich, aus einem Schweinsohr eine seidene Börse zu machen, oder Frieden und Freiheit aus Kapitalismus« (155). Erst wenn »das ganze Geschäft des konkurrierenden Kaufens und Verkaufens« aufhöre, also »internationaler Sozialismus« hergestellt sei, werde Frieden und Freiheit zugleich möglich sein (159).

Hier scheint die Idee vom ›gemeinsamen Haus Welt‹ auf, die heute mit aller Entschiedenheit ins Spiel gebracht werden muss. Der englische Journalist Jonathan Watts bringt mit Blick auf die Ressourcen- und Umweltfrage den ›Großen Widerspruch‹ auf den Punkt: China sei »eine 3000 Jahre alte Zivilisation im Körper eines industriellen Teenagers; ein mega-reiches, schmutzig-armes, überbevölkertes, ressourcenknappes, multiethnisches Land, das durch mehrere Entwicklungsetappen gleichzeitig geht; ein an die Kohle gebundener Kraftprotz, der den Versuch unternimmt, Pionier bei neuen Energietechnologien zu sein; ein kommunistisch geführter, kapitalistisch fundierter Wirtschaftsgigant, der sich mit nie gekannter Geschwindigkeit vorwärts bewegt« und angesichts der Umweltprobleme dazu gezwungen ist, seine Wirtschaft schon »umzubauen, bevor die Industrialisierung abgeschlossen ist« (2010, 389). Zugleich rückt er zurecht, dass die Welt nicht durch China »an den Abgrund gebracht« sei, sondern durch die »unnachhaltige Konsumtion von einer Milliarde Menschen in den reichen Ländern Europas, in den USA, in Japan und Südkorea« (383). »Weitere zwei Milliarden in den aufstrebenden Ökonomien wie Indien, Brasilien und Indonesien« drängten »von hinten nach« und »mittendrin« stecke »das Reich der Mitte«, dessen Entwicklung nun »uns alle über den Rand zu stoßen« drohe (ebd.). Bisher hätten »die reichen Länder die akkumulierten Folgen ihres unnachhaltigen Wachstums« stets »auf weit entfernt liegende Länder und künftige Generationen ›ausgelagert‹«; alle Folgen dieses Entwicklungspfads träten in China heute »akkumuliert, verstärkt und beschleunigt« zutage (384). Gleichzeitig nehmen die grenzüberschreitenden – und damit politische Konflikte heraufbeschwörenden – Auswirkungen zu: »Sandstürme in Japan, Entwaldung in Russland, die wachsende Ölgewinnung aus den Ölsandvorkommen Kanadas« – all dies habe mit China zu tun. »Wasserknappheit und Luftverschmutzung« sorgten »in Russland, Kasachstan und Südostasien bereits für Unruhe«. Bei nicht eingeschränktem Kohleverbrauch drohe aufgrund von Klimawandel eine »millionenfache neue Öko-Migration« und eine Destabilisierung der globalen Nahrungsmittelversorgung (385).

Auch wenn die Dinge eindeutig mit China verbunden seien, könne nicht von China erwartet werden, es möge »die Welt retten«. Vielmehr »zwingt« das Land »die Menschheit dazu anzuerkennen, dass wir uns alle in die falsche Richtung bewegen«

(389). Das uns allen abgeforderte »neue Denken« (392) fände im heutigen China zweifellos Partnerschaft. An der Basis gebe es »einen Hunger nach neuen Idealen, die den harschen Materialismus der vergangenen dreißig Jahre ersetzen können«. Wenn China »den Kohle- und Erdölverbrauch reduzieren« und eine »nachhaltige Energiesicherheit gewährleistende Entwicklung« einschlagen würde, könnte die Regierung »anhaltende Unterstützung bei jungen Patrioten gewinnen, die danach gieren, dass ihr Land internationalen Respekt genießt« (386).

Die Debatte über den künftigen Kurs verlaufe freilich entlang »scharfer politischer Trennlinien«. So stünden die Interessen der »Wohlstandsregionen an der Küste« gegen die der »armen westlichen Regionen, in die die schmutzigen Industrien abgeschoben werden«, und die »Verfechter einer ›Verschmutze-jetzt-und-reinige-später‹-Marktstrategie« gegen diejenigen, die für »schärfere Regulierung und staatliche Eingriffe« plädieren. Präsident Hu Jintao versuche mit der Formel vom »wissenschaftlichen Ausblick auf die Entwicklung«, die verschiedenen Strömungen unter dem Dach des »Versprechens eines nachhaltigen grünen Wachstums« zu vereinen (386f).

Ein solches Programm kostet allerdings Geld und wie viel Geld ein Staat dafür aufbringen will und kann, ist unter den herrschenden weltwirtschaftlichen Bedingungen vor allem eine Frage der Konkurrenz. Li Minqi beschreibt dies als »Gefangenendilemma« einer »Weltwirtschaft mit multiplen politischen Strukturen«: Jeder Staat, der überdurchschnittliche soziale oder ökologische Leistungen zu erbringen versucht, »manövriert sich auf dem Feld der weltweiten Kapitalakkumulation in eine nachteilige Position gegenüber anderen Staaten« (2006, 110). »Zentrumsländer« könnten die entstehenden Nachteile ausgleichen, indem sie einen Teil der entstehenden Kosten »durch ungleiche Austauschverhältnisse auf die peripheren und semiperipheren Staaten abwälzen«; für das noch immer periphere China existiere diese Option jedoch nicht (ebd.; vgl. Adolphi 2010, 168). Diesen wesentlichen Unterschied zwischen Zentrum und Peripherie beschreibt Russell 1925 ganz ähnlich: »Unser Wohlstand« könne »nur durch weitgehende Unterdrückung und Ausbeutung schwächerer Nationen erlangt werden«, die Chinesen hingegen seien »nicht stark genug«, um »anderen Ländern Schaden zuzufügen«, und müssten daher alles »durch ihre eigenen Verdienste und ihre eigenen Anstrengungen erwerben« (4).

Selbstverständlich hat China die Alternative, sich in scharfer Konkurrenz zu allen anderen zu einem »klassischen« Zentrumsland zu entwickeln. Das Vernichtungspotenzial eines solchen Wegs wäre unüberschaubar groß. Auf lange Sicht zukunftsfruchtig ist daher nur der andere Weg: die Überwindung der alles bedrohenden Konkurrenz. In der Tat: Es geht ums Teilen. In diesem »gemeinsamen Haus Welt«. Das ist die Nagelprobe.

Literatur

- Adolphi, Wolfram, »Das faschistische Deutschland als ›Freund‹. Archivalien in der VR China zu den Erfahrungen der Guomindangregierung 1935-1941«, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 37. Jg., 1989, H. 3, 211-27
- ders., *Mao. Eine Chronik*, Berlin 2009
- ders., »Chinas Planwirtschaft als dialektische Aufhebung der sowjetischen«, in: *Das Argument* 286, 52. Jg., 2010, H. 2, 159-69
- Asiaticus, *Von Kanton bis Schanghai 1926-27*, Wien-Berlin 1928
- Brecht, Bertolt, *Arbeitsjournal*, Bd. 2: 1942-1955, Frankfurt/M 1973
- Cherepanov, Alexandr I., *As Military Adviser in China*, Moskau 1982
- Clubb, O. Edmund, *The Witness and I*, New York-London 1974
- Die Konferenz der Vereinten Nationen von San Francisco (25. April bis 26. Juni 1945)*, Dokumentensammlung, Moskau-Berlin/DDR 1988
- Die Theorie des Vorsitzenden Mao über die Dreiteilung der Welt ist ein bedeutender Beitrag zum Marxismus-Leninismus*, Peking 1977
- Fairbank, John K., *Geschichte des modernen China 1800-1985*, a.d. Amer. v. W.Theimer, München 1989
- Fedossejew, P.N., »Maoism – ideologija i politika kitajskogo welikodershawwego schowinisma« (Maoismus – Ideologie und Politik des chinesischen Großmachtchauvinismus), in: *Opasnyj kurs. Kitaj posle Mao Zseduna* (Gefährlicher Kurs. China nach Mao Zedong), Moskau 1979, 265-79
- Furuya, Keiji, *Chiang Kai-shek. His Life and Times*, gekürzte engl. Ausgabe v. Chun-min Chang, New York 1981
- Genosse Mao Tse-tung über »Der Imperialismus und alle Reaktionäre sind Papiertiger«*, Peking 1958
- Kissinger, Henry, *China. Zwischen Tradition und Herausforderung*, a.d. Amer. v. H.Dierlamm u.a., München 2011
- Kriwzow, Wladimir A., u. W.A. Krasnowa, *Li Dazhao – vom revolutionären Demokraten zum Marxisten-Leninisten*, a.d. Russ. v. H.Bauer, Berlin/DDR 1981
- Li, Minqi, »Der Aufstieg Chinas und das Zeitalter des Übergangs«, in: *Das Argument* 268, 48. Jg., 2006, H. 5-6, 105-11
- Li, Weijia, *China und China-Erfahrung in Leben und Werk von Anna Seghers*, Oxford u.a. 2010
- Mao Tsetung, *Ausgewählte Werke*, Bd. V, Peking 1978
- Martin, Bernd, »Das Deutsche Reich und Guomindang-China, 1927-1941«, in: H.Kuo (Hg.), *Von der Kolonialpolitik zur Kooperation. Studien zur Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen*, München 1986, 325-76
- Medwedjew, M., »Samorasoblatschenije Maoistow. O pjatom tome ›Isbrannych proiswedenij‹ Mao Zseduna« (Selbstentlarvung der Maoisten. Zum fünften Band der ›Ausgewählten Werke‹ Mao Zedongs), in: *Opasnyj kurs. Kitaj posle Mao Zseduna* (Gefährlicher Kurs. China nach Mao Zedong), Moskau 1979, 291-311
- Müller, Rudolf, u. Dietmar Klein, *Nacht über China*, Berlin/DDR 1976
- Nachbar China*. Helmut Schmidt im Gespräch mit Frank Sieren, Berlin 2006
- Negt, Oskar, *Modernisierung im Zeichen des Drachen. China und der europäische Mythos der Moderne*, erw. Neuausgabe, Göttingen 2007
- Osterhammel, Jürgen, *China und die Weltgesellschaft. Vom 18. Jahrhundert bis in unsere Zeit*, München 1989

RKP(B), *Komintern und die national-revolutionäre Bewegung in China*, Dokumente, Bd. I: 1920-1925, hgg. v. H.Kuo, M.Leutner u. M.L.Titarenko, Paderborn u.a. 1996

Rede von Deng Hsiao-ping, dem Leiter der Delegation der Volksrepublik China, auf der Sonder-tagung der UNO-Vollversammlung (10. April 1974), Peking 1974

Russell, Bertrand, *China und das Problem des Fernen Ostens*, a.d. Engl. v. M.Hethey, München 1925

Seghers, Anna, *Aufstand der Fischer von St. Barbara. / Die Gefährten* (1928/1932), Berlin/DDR 1954

dies., *Die Toten bleiben jung* (1949), Berlin/DDR 1953

dies., »Nachwort«, in: Mao Tse-tung, *Reden an die Schriftsteller und Künstler im neuen China auf der Beratung in Yanan*. Mit einem Nachwort von Anna Seghers, hgg. v. d. Deutschen Akademie der Künste, Berlin/DDR 1953, 75-86

Stolberg, Eva-Maria, *Stalin und die chinesischen Kommunisten 1945-1953. Eine Studie zur Entstehungsgeschichte der sowjetisch-chinesischen Allianz vor dem Hintergrund des Kalten Krieges*, Stuttgart 1997

Sun Yat Sen, *Aufzeichnungen eines chinesischen Revolutionärs*, hgg. u. eingeleitet durch eine Darstellung der Entwicklung Sun Yat Sens und des Sun-Yat-Senismus von K.A.Wittfogel, Wien-Berlin o.J. [1927]

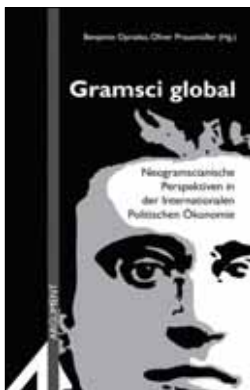
Tuchman, Barbara, *Sand gegen den Wind. General Stilwell und die amerikanische Politik in China 1911-1945*, a.d. Amer. v. U.Schneider, Frankfurt/M 1988

Utley, Freda, *Last Chance in China*, Indianapolis-New York 1947

Watts, Jonathan, *When a Billion Chinese Jump. How China Will Save Mankind – Or Destroy It*, London 2010

Wladimirow, P.P., *Das Sondergebiet Chinas 1942-1945*, Berlin/DDR 1976

Xu Daolin, »Deyizhi yu Zhong Ri liangguozhi wajiao guanxi« (Die deutschen Außenbeziehungen mit China und Japan), Korrektorexemplar eines vom Dezember 1932 datierten Aufsatzes für *Wajiao pinglun*, Di'er lishi dang'anguan (Zweites Historisches Archiv Chinas), Nanjing, Akte 28-238



Wie lässt sich die globale Durchsetzung des neoliberalen Projekts begreifen?

Mit Gramsci die internationale politische Ökonomie des Kapitalismus verstehen: *Gramsci global* bietet eine Einführung in zentrale Debatten sowie eine kritische Zwischenbilanz zum aktuellen Stand neogrammsianischer IPÖ und entwirft Perspektiven zur Weiterentwicklung dieses Forschungsprogramms.

Opatko/Prausmüller (Hg.): **Gramsci global**
Neogrammsianische Perspektiven in der Internationalen Politischen Ökonomie

Argument Sonderband AS 310
ISBN 978-3-86754-310-1 · 19 €

www.argument.de